

---

## Buchbesprechungen

---

Burkhard Wehner, *Der neue Sozialstaat. Vollbeschäftigung, Einkommensgerechtigkeit und Staatsentschuldung*; Westdeutscher Verlag, Opladen 1992, 241 S., 39 DM.

Der Sozialstaat steckt in der Krise. Die permanente Diskussion über Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- oder Pflegeversicherung, die allesamt immer teurer werden, dafür aber immer weniger leisten, zeigt dies ebenso deutlich wie die sich häufenden „Armutsbereiche“, die inzwischen zum unschönen Alltag gehören.

Diesen Mißständen möchte Wehner ein für alle Male ein Ende bereiten. Das System der sozialen Sicherung, das sich seit Bismarcks Initiativen in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts allmählich entwickelte, soll radikal umgestellt werden. Die Formel der Umstellung lautet „Deregulierung“ und das Mittel dazu bildet ein sogenanntes Legitimationsgeld.

Wehner diagnostiziert die Misere des Systems sozialstaatlicher Sicherung klarer als die meisten anderen Autoren. Das einzige solide Fundament des Sozialstaates bildet die Arbeit; alles andere ist bloß Rhetorik. Der Staat kann aber nicht für Arbeit(splätze) garantieren, folglich auch nicht für soziale Sicherheit.

Arbeit schafft - unter den gegebenen Bedingungen — allein die Wirtschaft. Die Unternehmen müssen aber auf Märkten agieren, die durch große Unsicherheiten gekennzeichnet sind, so daß viele Produktionschancen ungenutzt bleiben. Diese Unsicherheiten bilden den Grund für die wachsende Arbeitslosigkeit und sie bilden zugleich den Anknüpfungspunkt für das Konzept der Deregulierung.

Deregulierung heißt, möglichst viele vertraglich festgelegte Verpflichtungen durch kurzfristige Vereinbarungen zu ersetzen. \_um dadurch das unternehmerische Kostenrisiko zu

senken. Durch die Reduzierung der fixen Kosten werden Chancen für risikoreichere Produktionen eröffnet, in deren Gefolge Wachstum und Arbeit geschaffen und gesichert werden können.

Ersetzt werden sollen vor allem die tarifvertraglich festgelegten, längerfristigen Arbeitsvereinbarungen, einschließlich des Arbeitslohnes, in der Erwartung, daß dadurch dauerhaft Arbeit für alle geschaffen wird, zu Bedingungen allerdings, die der Markt jeweils neu bestimmt.

Die Privatisierung der damit auf die Arbeitnehmer übertragenen Risiken soll durch die Gewährung eines sogenannten Legitimationsgeldes versüßt werden. Darunter ist ein verfassungsrechtlich festzulegender Anspruch aller Bürger gegen den Staat zu verstehen, der sich seinerseits aus einem ebenfalls verfassungsrechtlich festzulegenden Anteil am Sozialprodukt finanziert. Dieses Mindesteinkommen soll durch eine Super-Behörde mit außergewöhnlichen Kompetenzen geregelt werden, die eigentlich alle sozialen Probleme gleichzeitig lösen, vor allem für Vollbeschäftigung und Einkommensgerechtigkeit sorgen sowie auch die Verschuldung der öffentlichen Haushalte überwinden soll.

Leider ist das Konzept in der Realität nicht so stimmig wie in der Präsentation des Autors. An ihm stimmt nur, daß die Unternehmen massiv entlastet und aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entpflichtet würden - alles weitere steht in den Sternen.

Beim Versuch, den Mängeln der Deregulierungs-Ideologie auf die Spur zu kommen, müßte man zunächst wohl prinzipiell fragen, weshalb eine Untersuchung des auf Arbeit bauenden Sozialstaates bei den unternehmerischen Marktbedingungen ansetzt und nicht bei den Bedingungen der Arbeit(nehmer). Weiter wäre zu fragen, woher „das geradezu sektiererische Vertrauen in die Marktkräfte“ (John K. Galbraith) kommt, dessen Versagen so offenkundig ist, daß die (staatlichen) Regulierungen eingeführt werden mußten, um die ärgsten Auswirkungen abzumildern. Zu fragen wäre auch, ob Arbeitslosigkeit wirklich die Folge der Belastungen der Betriebe durch kontinuierlich zu zahlende Löhne ist oder ob dafür eine Vielzahl anderer Gründe nicht von mindestens gleichem Gewicht ist. Fragen dieser Art sind Wehner aber keinen Gedanken wert - ich vermute, weil sie seinen glatten Entwurf rasch zum Einsturz bringen würden.

Bleibt zum Schluß die Frage nach der Finanzierbarkeit des Legitimationsgeldes, das Weh-

ner bei einem Betrag von etwa 8000 Mark pro Person und Jahr etwas über dem gegenwärtigen Sozialhilfesatz ansiedelt. Bei 63 Millionen Alt-Bundesbürgern errechnet sich daraus die runde Summe von 500 Milliarden Mark - das sind rund zwei Drittel der 1990 verdienten Löhne und Gehälter. Der Großteil des Legitimationsgeldes soll allerdings in die dann natürlich private Versicherung für Alter und Krankheit fließen, so daß am Ende nur noch 300 Mark pro Person und Monat für die Privatisierung der sozialen Risiken bleiben — eine schöne Besserung, die der „neue Sozialstaat“ mit dieser „Einkommensgerechtigkeit“ in Aussicht stellt. Wie es dabei zur Entschuldung der öffentlichen Haushalte kommen könnte, bleibt völlig unklar.

Diese Schrift entwirft zwar ein klares Konzept zur Deregulierung des Sozialstaates, vermag aber nicht, Deregulierung als auch nur annähernd überzeugendes Stimulans zur Bewältigung der zeitgenössischen Probleme zu präsentieren. Sie läßt sich allerdings als gelungenes Beispiel für „die krankhafte Mode, alles zu deregulieren“ (Galbraith) ansehen - und ist insoweit durchaus nützlich.

Bernd M. Malunat,  
München

Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Westdeutscher Verlag, Opladen 1992, 490 S., 72 DM; Gertrud Tobias/Johannes Boettner (Hrsg.), Von der Hand in den Mund. Armut und Armutsbewältigung in einer westdeutschen Großstadt, Klartext Verlag, Essen 1992, 152 S., 19,80 DM; Friedhelm Wolski-Prenger, „Niemandem wird es schlechter gehen. .!“ Armut, Arbeitslosigkeit und Erwerbslosenbewegung in Deutschland, Bund-Verlag, Köln 1993, 206 S., 24,90 DM.

Armut ist aus der Sicht fast aller Autoren des Soziologie-Sonderheftes ein „gesellschaftlich zugewiesener Ort, der innerhalb je einer Gesellschaft relativ bestimmt wird“. Dabei bedeutet relativ meist einen Vergleich mit der Wohlfahrtsposition anderer Bevölkerungsgruppen, ist also in der Bundesrepublik anders zu definieren als etwa in Ländern der Dritten Welt.

Bernhard Schäfers, in Karlsruhe lehrender Soziologe, weist darauf hin, daß in dem dreibändigen „Wörterbuch der Soziologie“ von 1989 der Begriff „Armut“ überhaupt nicht auftaucht. Er konstatiert, Armut sei „nach vorliegenden empirischen Erhebungen heute kein

unumkehrbares Sozialschicksal mehr, sondern zumeist eine temporäre Notlage, in der individuellen oder familialen Biographie." Was für eine tröstliche Feststellung für viele Arbeitslose in Ost- und Westdeutschland, die am Rande der Armutsgrenze stehen! Aus einer 1975 vom damaligen rheinland-pfälzischen Sozialminister Heiner Geißler vorgelegten Dokumentation zitiert Schäfers als entscheidenden Satz: „In der Bundesrepublik gibt es wieder bittere private Armut. 5,8 Millionen Menschen in 2,2 Millionen Haushalten verfügen nur über ein Einkommen, das unter dem Sozialhilfeniveau liegt.“

In anderen hochentwickelten Industriestaaten sieht es nicht besser aus. So weist der Harvard-Soziologe Lee Rainwater darauf hin, daß „in der US-amerikanischen Gesellschaft breite Erfahrungen mit Armut gemacht worden sind. Bei etwa einem Drittel aller Kinder und junger Erwachsenen in den USA fällt das Einkommen in mindestens einem Jahr jedes fünfjährigen Berichtszeitraumes so niedrig aus, daß sie als arm bezeichnet werden können.“ Und einer Definition der EG-Kommission folgend gilt als arm, „wem weniger als die Hälfte des durchschnittlichen nationalen Nettoeinkommens pro Kopf der Bevölkerung zukommt“. Darunter fielen Ende der achtziger Jahre in der EG etwa zehn Millionen Haushalte mit 30 Millionen Menschen.

„Niemandem wird es schlechter gehen, dafür vielen besser.“ An dieses Wahlversprechen des Bundeskanzlers erinnert Friedhelm Wolski-Prenger und konstatiert: „Viele glaubten diesen Worten, wollten ihnen wohl glauben. Dem (damaligen) Gegenkandidaten der SPD, der mit seinen Voraussagen weit näher an der Realität lag, ging der Ruf des Vereinigungsgenners voraus: Oskar Lafontaine (...) verlor die Wahl.“

Verloren haben aber noch viel stärker die, die den Regierungsparteien die Versprechungen abgenommen haben. Sie verloren „häufig

zunächst ihre Arbeit, nicht selten auch die Wohnung und im Gefolge dessen die Hoffnung und den vormals so festen Glauben an die Segnungen der kapitalistischen Marktwirtschaft“.

Wolski-Prenger schildert in seinem Buch Arbeitslosenprojekte in West- und Ostdeutschland. In den neuen Bundesländern entstand auf Initiative und unter Leitung des Soziologen Klaus Grehn, ehemals Dozent an der Fachhochschule des FDGB, der „Arbeitslosenverband Deutschland“, nach Bekunden Grehns eine „Lobby für die größte soziale Gruppe Ostdeutschlands.“ „Die Gewerkschaften“, so der zentrale Vorwurf des ostdeutschen Soziologen, „sehen Arbeitslosenarbeit nicht als Schwerpunkt an, und deshalb müßten wir den Arbeitslosenverband gründen“. Wolski-Prenger stellt dazu fest, die Konzeption des Verbandes berge die Gefahr, daß ausschließlich für Arbeitslose gehandelt wird, im Sinne einer entmündigenden Arbeitslosenarbeit von oben.

Am konkretesten gehen Tobias/Boettner auf das Thema „Armut“ ein. Sie schildern am Beispiel des Duisburger Stadtteils Bruckhausen, wie Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, alleinerziehende Mütter und andere Randgruppen unserer Gesellschaft zu „Sparvirtuosen, Einkaufsvirtuosen, Klügelvirtuosen, Bettelvirtuosen“ und, so makaber das klingt, gar zu „Unterernährungsvirtuosen“ werden. Schwarzarbeit, Gebrauchtwarenhandel, Ratenkauf und Notvorratshaltung spielen bei der Problemlösung eine wichtige Rolle. Wer daran gewöhnt ist, so die Autoren, bei Kälte einfach den Heizkörper aufzudrehen, hat gewöhnlich nur sehr unvollkommene Vorstellungen davon, was es heißt, auf einen Kohleofen angewiesen zu sein - zumal, wenn dieser sich auf der dritten Etage befindet, die Kohlen knapp werden und den Nachbarn, was den Kohlenkeller betrifft, nicht zu trauen ist.

Karl H. Schneider,  
Lindau